

Dresdner Volkszeitung

Hilfsredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkauf: 5 Pf. Staatsbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, A.-G., Dresden.
Gebrüder Kumbhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art ist es durch eine eigene Stelle höherer Ordnung, bei der Bezugs der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Wiedergabe des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abbestellung einschließlich Abrechnung mit der nächsten Unter-
abrechnung: 240 RM. halbjährlich 120 RM. Einzelnummer 10 Pf.
Zustellort: Dresden, Volkszeitung

Schreibweise: Mittelschreibweise, 25. 11. 1928. Schreib-
weise nur noch bis zum 1. 12. 1928.
Schreibweise: Mittelschreibweise, 25. 11. 1928. Schreib-
weise nur noch bis zum 1. 12. 1928.

Abbestellung: Grundpreis, die 10 von heute Monatspreis-
preis 10 Pf., die 20 von heute Monatspreis 20 Pf., für ausländische
Anzeigen 40 Pf., und 250 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Ver-
suche 40 Pf. Abbest. für Brieflieferung 10 Pf.

Nr. 287

Dresden, Montag den 10. Dezember 1928

39. Jahrg.

Der erschütterte Zentrumsturm

Vorsigender Prälat Kaas — Die verärgerten christlichen Gewerkschaften

Stegerwalds Niederlage

S. Köln, 8. Dezember. (Fig. Drahtf.)

Der Reichsparteitag des Zentrums der großen Beteiligung am Sonnabend im Messhof Köln begann und am Sonntag seinen Abschluß fand, stand unter dem Zeichen völliger Verwirrung. Der Rücktritt Kaas hatte die Führerfrage akut gemacht. Ab Donnerstag wurde hinter den Kulissen beraten, wer in Zukunft an der Spitze der Zentrumspartei treten sollte. Unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten machten einen einheitlichen Beschluß des Parteiausschusses an den Parteitag unmöglich. Die Differenzen waren so groß, daß nicht einmal der Parteitag am Sonnabend vormittag den ersten Punkt der Tagesordnung erledigen und zur Wahl des Vorsitzenden schreiten konnte. Als dann bis nachmittags 5 Uhr immer noch keine Entscheidung erzielt und kein geeigneter Vorschlag für den Parteitag im Parteiausschuß zustande gekommen war, übertrug man die Entscheidung ohne Initiative dem Parteitag. Das Ergebnis ist eine geradezu katastrophale Niederlage des Gewerkschaftsführers Stegerwald.

Von den 400 Delegierten wurden insgesamt 318 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Kaas 180, auf den Abgeordneten Foss 92 und auf Stegerwald 28 Stimmen. Ein erheblicher Teil der Delegierten hatte die Stimme entfallen, ohne daß der Vorsitzende davon etwas mitteilte. Kaas, der mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden gewählt wurde, nahm die Wahl unter demütigstem Beifall seiner Anhänger an, obwohl er in den Vorberhandlungen immer wieder erklärt hatte, daß er die Führung der Partei mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand nicht übernehmen könne. Niederschmetternd wirkte das Ergebnis auf die Anhänger von Stegerwald. Man sah nach seinem bisherigen Auftreten selbst in seiner eigenen Umgebung eine solche Niederlage nicht erwarten.

Die Sonnabendvormittagsitzung

Der Parteitag wurde, nachdem die Wahl der Vorsitzenden beschlossen worden war, mit einem Redenschafte des Reichstagsabgeordneten Stegerwald, „Zentrum und deutsche Politik“, eingeleitet. Stegerwald zeigte offen, daß er im Falle der Wahl von Kaas die Führung der Partei nicht übernehmen würde. Er erklärte, daß er die Führung der Partei nicht übernehmen würde, wenn er nicht die Zustimmung der Parteimitglieder hätte. Er erklärte, daß er die Führung der Partei nicht übernehmen würde, wenn er nicht die Zustimmung der Parteimitglieder hätte.

Die Frage des Panzerkreuzerbaus

Die Frage des Panzerkreuzerbaus ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Marinepolitik. Sie ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Marinepolitik. Sie ist eine der wichtigsten Fragen der deutschen Marinepolitik.

Zentrum zum Panzerkreuzer staatspolitisch notwendig gewesen, um die Interessen der deutschen Handelsmarine zu schützen.

Als zweiter Gegenstand innerer Auseinandersetzungen beim Zentrum sei die Beamtenfrage zu nennen. Hier ist Stegerwald als Person stark beteiligt. Er teilte mit, daß er selbst mit dem Parteiausschuß gemeinsam die Streitfrage ausgeräumt habe, daß er einen von ihm geschriebenen Brief, der wider seinen Willen veröffentlicht wurde, ausdrücklich zurücknehme und im übrigen erkläre, daß ein jedes Berufsbeamtentum im Staate unentbehrlich sei.

Im weiteren Verlauf seiner Rede beschäftigte sich Stegerwald mit dem, was er Fehler in der Staatskonstruktion nennt, lehnte die Lutherischen Vorschläge zur Erneuerung des Reiches ebenso ab wie die Vorschläge des Deutschen Seidnetages. Er verlangte aber, daß die Zentrumspartei über Vergangenheit hinwegsehen und resolut und warm mit dem deutschen Volk und dem deutschen Staat zu verhandeln suche. Es komme bei der Führerwahl nicht darauf an, ob der Gemählte mehr rechts oder mehr links stehe, sondern auf den Geist, der in der Partei lebe. — Die Rede Stegerwalds wurde mit demnächstigen Beifall aufgenommen.

Das zweite Referat

erstellte der Universitätsprofessor Räderfeld aus Bonn. Er suchte die geistigen Grundlagen der Zentrumspolitik neu herauszuarbeiten und damit wieder eine einheitliche Betrachtungsweise herbeizuführen. Nach seiner Meinung ist das Zentrum eine politische Partei und müsse es bleiben. Aber diese Politik müsse sich gründen auf die religiös-ethischen Grundsätze, deren praktische Anwendung auf politische Forderungen und Entschlüsse den politischen Willen des Volkes abzulesen muß. In diesem Sinne trat die religiös-ethische Zentrumsauffassung in politischen Weltanschauung mit anderen Parteien im Kampf um die politische Macht im Staate, und dieser Kampf wird durch sie ethisch fundiert. Man könne sich diesen Kampf nicht vorstellen losgelöst von der Tradition. Für die Wahlen der Zentrumswähler bestehe die Tradition allerdings hauptsächlich im Kulturfampf. Aber dieser sei doch nur eine kleine Teilercheinung. Man müsse die ganze Tätigkeit der Partei umfassen, um ihre Haltung in

der Gegenwart zu verstehen. Eine rein konfessionelle Partei habe auf politischem Gebiet keine Existenzberechtigung. Aber das zum Zwecke habe die gemeinsame katholische Überzeugung im wesentlichen die Partei zusammengehalten sowohl als Kammer nach außen als auch innerlich und bei den Wahlen. Diese christlich-katholische Überzeugung verpflichtete zum Dienst am Volke und Staate. Man werde versuchen, auf Grund der Weltanschauung die vorhandenen Spannungen und Gegensätze auf höherer Ebene auszugleichen. Der Redner fuhr dann wörtlich fort: Wir kommen dabei in Kampf mit anderen Weltanschauungen, vor allem mit dem Sozialismus, der ich nicht mehr so sehr auf materielle und wirtschaftliche Art vorzöge, sondern seine Kraft vielmehr auf die kulturpolitische Propaganda legt. Da müssen wir erkennen, welche Gefahren von dieser Seite drohen. Auch der Liberalismus sucht neuerdings seine Parteien wieder weltanschaulich zu untermauern. Gerade aber wenn das Zentrum weltanschauliche Politik treiben will, treten immer neue Probleme auf, mit denen es sich auseinandersetzen muß. In diesen Problemen gehört auch der Faschismus. Friedensliebe ist sittliche Pflicht des Christentums, also auch des Zentrums. Aber im Staatsleben gibt es auch das Recht der Notwehr wie im Leben des Einzelnen. Auch die Erhaltung der Staats- und Volkspolitischen ist für den Zentrumsanhänger göttliche Pflicht. Deshalb kann die Friedensliebe nicht dahin angelegt werden, daß das Volk sich nicht gegen unbedingte Angriffe wehren dürfe. In allem aber sei es Zentrumsaufgabe, das Gemeinwohl über Gruppeninteressen zu setzen. Ich hoffe von dem Volkswort für die Reichsteilnehmer, daß er bald wieder in der Lage ist, die Erhaltung der katholischen Volksworte zum Staatsbürgerrecht mit voller Kraft aufzunehmen, wie er das früher getan. Dann wird es gelingen, für das Zentrum wieder einen innerlich geschlossenen, weltanschaulichen Willen herbeizurufen.

Die Debatte

In der kurzen Diskussion, die ebenso wie der Vortrag Räderfelds in Abwesenheit des Vorsitzenden vor sich ging, hielt zunächst der Landtagsabgeordnete Baumhoff eine Klagerede über die verderbte Moral unserer Zeit, in der unsere Söhne und Töchter, die eigentlich zu uns gehören, bereitwillig zu

Hugenbergs Hampelmänner

Am Sonnabend fand in Berlin ein Vertretertag der Deutschnationalen Partei statt. Hugenberg will eine Änderung der Satzungen mit dem Ziel, auch nach den letzten geringfügigen Einfluß der Angestellten, Arbeiter- und Beamtenausschüsse zu brechen und sich mit seiner Clique zum alleinigen Herrscher, zu einer Art Diktator, über die Deutschnationale Partei zu machen. Hugenberg hat gesagt, trotzdem er dem Vertretertag auch diesmal das angeforderte Referat über die Aufgaben der Deutschnationalen Partei schuldig geblieben ist, so daß heute wieder die deutschnationale Mitgliedschaft noch die Deutschnationalen wissen, was der neue Mann und der „große Führer“ eigentlich will und was er nicht will. Die finanzielle Abhängigkeit der einzelnen Landesverbände von dem deutschnationalen Zeitungsfiskus scheint schon so groß zu sein, daß Hugenberg mit der deutschnationalen Mitgliedschaft wie mit Hampelmännern umspringen kann. Alles, was er wünschte, wurde gebilligt. Die Satzungen wurden nach seinen Anträgen geändert; er

kann in Zukunft nach freiem Ermessen schalten und walten, hat das Bestimmungsrecht über die Reichsliste und den ganzen Parteiapparat — bis auch er verschwinden muß oder die Deutschnationale Partei in Grund und Boden „geführt“ worden ist. Als Westarp seinerzeit sein Führeramt antrat, wurde auch ihm von dem deutschnationalen Vertretertag gegeben, was er wollte. Es dauerte nicht lange, und der Wind schlug um. Westarp mußte verschwinden. Warum sollte es Hugenberg besser gehen?

Genau, Hugenberg baut vor. Er sucht seine Stellung durch Satzungsänderungen und durch die Kündigung ihm unliebsamer Beamten des deutschnationalen Parteiapparates zu sichern. Er hat außerdem am Sonnabend einen Parteivorstand wählen lassen, der Fleisch von seinem Fleisch ist und in dem die radikalsten unter den deutschnationalen Radikalen, Wang und Quack, Görtner und andere Antisemiten in Zukunft die erste Rolle spielen werden. Die Richtung Westarp, einst führend in der Deutschnationalen Partei, ist völlig fallengelassen; sie hat nur noch in der deutschnationalen Reichstagsfraktion etwas zu sagen. Auch hier dürfte Hugenberg bald sein Ziel versuchen, und dann dürfte die große Auseinandersetzung kommen. Wie sie auch ausfallen mag: die Deutschnationale Partei hat den Krebs im Leib, und davon wird sie sich mit Hugenberg noch weniger erholen als mit Westarp.

Außer einer von den völkisch-deutschnationalen Wang und Quack vorgelegten Entscheidung über die endgültige Regelung des Reparationsproblems wurde von dem deutschnationalen Vertretertag eine Resolution zur Konfessionsfrage angenommen, in der im gegebenen Falle auch der Abschluß eines Vertrages mit der evangelischen Kirche gefordert wird.

Herrn Bangs Mandat

In dem Organ des Jungdeutschen Ordens lesen wir: „Es erhält sich das Gerücht, daß bei einer aus Anlaß der Neuwahl des Vorsitzenden vorgenommenen Überprüfung der Parteikasse sich ergeben habe, daß das kaiserliche Reichstagsmandat des Herrn Bang, für das Herr Hugenberg der Partei 80 000 Mark verbrochen haben soll, noch nicht bezahlt sei. Trifft das zu?“ Das Organ des Jungdeutschen Ordens teilt gleichzeitig mit, daß Hugenberg an die Geschäftsführer der deutschnationalen Landesverbände Anweisung gegeben habe, bis zum 15. Januar alle Parteikassen zu überprüfen. Die Mitglieder des Jungdeutschen Ordens sind zu kündigen.

Genoffin Martha Schilling †

Berlin, 9. Dezember. (Fig. Funkpost.) Frau Martha Schilling, Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion des sächsischen Landtages ist unweit der Station ihres Wohnortes, Borsdorf bei Leipzig, von einem aus Richtung Dresden kommenden D-Bus überfahren und sofort getötet worden. Sie hatte zur Heimfahrt von Leipzig einen Personenaus benutzt, und dies, als dieser wegen Sperrung der Einfahrt auf freier Strecke hielt, in der Annahme, daß das Weitzel bereits erreicht sei, vorgezogen und wurde von dem auf dem Nebengleis herankommenden Schnellzug erfasst.

Genoffin Schilling betrat die Sozialdemokratie seit 1921 im sächsischen Landtag. Von 1921 bis 1923 gehörte sie auch dem Leipziger Stadtparlament an. Der tragische Tod unserer bewährten Genoffin hat große Beteiligung in der Arbeiterkassen hervorgerufen. Besonders die sozialistische Frauenbewegung verliert durch sie eine ihrer besten Führerinnen. Ihr Gatte ist der Vorsitzende des Leipziger Gewerkschaftsbundes. Genoffin Schilling, die Genoffin hinterläßt neben ihrem Gatten einen 14jährigen Sohn.

An Stelle der sächsischen Landtagsabgeordneten Schilling wird Genoffin Ida Bauer, Leipzig, neu in den Landtag einziehen.